

Bürgerinitiative wehrt sich gegen 380 kV-Leitung

Sie zweifelt an Bedarf für Energieleitung „ChemDelta“ – Unterschriftenaktion gegen den Bau gestartet

Reut/Taubenbach. Die Bürgerinitiative EnergieDialog erhebt deutliche Kritik am geplanten Projekt „Energiewende-Leitung ChemDelta“. Im Zentrum stehen Zweifel am prognostizierten Strombedarf der Chemieindustrie sowie Befürchtungen hinsichtlich hoher Kosten und erheblicher Eingriffe in Landschaft und Siedlungsräume, heißt es dazu in einer Presseaussendung. Die Initiative hat eine Unterschriftenaktion gegen den Bau gestartet.

Wie bereits mehrfach berichtet, ist eine 380 kV-Freileitung zwischen Burghausen und Simbach geplant. Hinzu kommen neue Umspannwerke und eine Schaltanlage (PNP berichtete ebenfalls ausführlich). Nach Einschätzung der Initiative könnten davon Wohngebiete, landwirtschaftliche Flächen sowie – je nach Trassenführung – auch das denkmalgeschützte gotische Ensemble in Taubenbach mit Kirche, Pfarrhof und Kapelle betroffen sein.

Irmgard Amann von der Bürger-



Die Masten werden im Inntal seit Monaten gebaut. – Foto: red

initiative verweist auf ein Gespräch mit dem Leitungsinfrastrukturunternehmen TenneT. Dabei sei zwar ein sachlicher Austausch erfolgt, jedoch habe man

vielfach auf übergeordnete Planungsebenen verwiesen. Die Initiative fordert daher von der Bundesnetzagentur eine unabhängige Prüfung der Bedarfsannahmen.

Kern der Kritik sind aus Sicht der Initiative überholte Prognosen. „Diese stützen sich wesentlich auf die Studie ‚Trans4In 2.0‘ vom Juli 2025, an der TenneT beteiligt war. Die zugrunde liegenden Szenarien basieren überwiegend auf nicht öffentlich einsehbaren Unternehmensangaben“, so die Initiative, die auf wirtschaftliche Entwicklungen in der Branche verweist. „Etwa bei der Wacker Chemie AG, die 2025 einen hohen Verlust verzeichnete und Stellenabbau angekündigt hat. Vor diesem Hintergrund erscheinen die angenommenen Wachstums- und Elektrifizierungsziele aus Sicht der Bürgerinitiative unsicher.“

Auch Veränderungen innerhalb der Netzplanung selbst führt die Initiative als Argument an. So seien große Gleichstromprojekte im

ersten Entwurf zurückgestellt worden, und in einzelnen Szenarien entfallen der sogenannte Westbayerring. Dies zeige, wie dynamisch die Planungsgrundlagen derzeit seien.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Annahmen zum künftigen Wasserstoffbedarf. „Die Prognosen gingen von einem deutlich steigenden Stromverbrauch durch Elektrolyse aus. Tatsächlich liegt der Wirkungsgrad entsprechender Anlagen bei etwa 60 bis 75 Prozent, was einen hohen Energieeinsatz erfordert.“ Zudem hänge die Entwicklung stark von noch unsicheren Faktoren wie Importen, Infrastrukturaufbau und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab.

Als Alternativen verweist die Bürgerinitiative in ihrer Pressemitteilung auf regionale Optionen, darunter geplante Gaskraftwerke im Raum Burghausen sowie bestehende und im Ausbau befindliche Netzkapazitäten. Diese könnten den Bedarf für eine

neue Leitung möglicherweise verringern.

Die Bürgerinitiative fordert daher unter anderem eine Aktualisierung der Bedarfsprognosen, eine stärkere Berücksichtigung regionaler Lösungen, mehr Transparenz bei Kosten und Anreizen sowie die Prüfung alternativer Trassen – etwa entlang der A 94 und gegebenenfalls teilweise als Erdkabel.

Die Raumverträglichkeitsprüfung durch die Regierung von Oberbayern soll nach aktuellen Planungen im Frühjahr 2026 beginnen. Parallel hat die Initiative eine Unterschriftenaktion gestartet. Unterstützer können sich noch bis Ende April in ausliegenden Listen in Reut beteiligen oder diese anfordern. Ziel sei es, eine breite Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen und eine kritische Prüfung der Planungen anzustoßen. – red